

Essay

DEMOKRATIE UND DIKTATUR. 100 JAHRE NACH DER EPOCHENZÄSUR VON 1918¹

Von Detlef Lehnert

„Soziale Ursprünge von Diktatur und Demokratie“² wurden mit einem die Hintergründe – gerade auch der russischen Revolutionen – wesentlich aus unterschiedlichen agrargesellschaftlichen Strukturen erklärenden Ansatz thematisiert. Dass 1917 mit dem Kriegseintritt der USA und dem russischen Revolutionsgeschehen eine bis um 1990 ausstrahlende westlich/östliche Weltkonstellation grundformiert war, ist seither immer wieder betont worden. An das bevorstehende Jahrhundert-Jubiläum der Weimarer Nationalversammlung und ihres Verfassungswerks 1919 wird sicher auch in breiterer Öffentlichkeit noch intensiv zu erinnern sein. Die Bedeutung der Epochenzäsur von 1918, gerade auch für die Polarität von Demokratie und Diktatur, könnte zwischen den Bezugnahmen auf 1917 und 1919 in den Hintergrund geraten. Aktuelle Gefährdungen einer demokratischen politischen Kultur in Europa und den USA, teilweise sogar Übergriffe gegen demokratisch-verfassungsstaatliche Institutionen, würden das aber durchaus problematisch erscheinen lassen. Dieser Beitrag greift die Stichworte der vor genau 100 Jahren erschienenen Schrift von Karl Kautsky „Demokratie oder Diktatur“ auf; sie ist dabei in historische Kontexte dieser Umbruchsperiode zu stellen, auch über die vom Autor ins Zentrum der Argumentation gerückte Polarität von demokratischem Sozialismus und bolschewistischer Diktatur hinaus.

Bis einschließlich 1917 wurde die (moderne westliche) politische Demokratie bzw. der „Volksstaat“, wie ein zunächst sozialdemokratisch und linksliberal gebräuchliches Synonym lautete, deutschsprachig noch kritisch gegenüber dem „Obrigkeitsstaat“ polarisiert, den (nicht nur) dessen Verteidiger zumeist als konstitutionelle Monarchie bezeichneten. Als ein Jahrzehnt vor dem epochalen zweibändigen Werk von James Bryce „Modern Democracies“ (1921) das ebenfalls sehr umfangreiche Buch des Kieler Staatswissenschaftlers Wilhelm Hasbach erschien, kam selbst dessen früherer akademischer Mentor, der konservativ-sozialpolitische Nationalökonom Gustav Schmoller, in seiner Rezensionabhandlung nicht umhin, bei

¹ Essay zur Quelle: Karl Kautsky, Demokratie oder Diktatur (1918).

² So der Titel einer historisch-soziologischen Studie von Barrington Moore (engl. 1966, dt. 1969).

Hasbach „Die Demokratie auf der Anklagebank“ zu sehen.³ Hasbach hat 1919 die Kapitel von 1912 über „Die soziale Demokratie“ (S. 333ff.) und „Sozialismus und Sozialdemokratie“ (S. 358ff.) als „den Kern“ bezeichnet, „um den sich die anderen im Laufe eines Vierteljahrhunderts gelagert haben“.⁴ So machte er kenntlich, dass sein Blick auf moderne Demokratie der in vielem noch traditionelle eines Vertreters der Bismarckschen Sozialpolitik blieb, die bekanntlich mit dem Sozialistengesetz flankiert war.

Das antidemokratische Kontrastprofil moderner Diktaturen mit eigenem Massenanhang bildete sich erst seit 1918 deutlicher heraus.⁵ Dafür war einerseits die quasi-diktatorische Macht der Obersten Heeresleitung unter Hindenburg/Ludendorff mit der (im Herbst 1917 gegründeten) „Vaterlandspartei“ als neurechtssammlungspolitische Organisationsbasis symptomatisch; diese beanspruchte für sich bis zum Sommer 1918 die Unterstützung von über einer Million Mitgliedern.⁶ Andererseits leitete die gewaltsame Auflösung der russischen parlamentarischen Konstituante im Januar 1918⁷ schon unter Lenin, theoriebezogen umrahmt von seiner vorbereitenden Schrift über „Staat und Revolution“ (1917/18), zum ebenso neuartigen Typus der beginnenden kommunistischen (Partei-)Diktatur über.⁸ Wenn

³ Schmoller, Gustav, Die Demokratie auf der Anklagebank, in: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich 37 (1913), Heft 4, S. 421–450, Rezension zu: Hasbach, Wilhelm, Die Moderne Demokratie. Eine politische Beschreibung, Jena 1912.

⁴ Hasbach, Wilhelm, Die parlamentarische Kabinettsregierung. Eine politische Beschreibung, Stuttgart 1919, S. XII.

⁵ Wenn der (1921 ein historisch weit ausholendes Buch über „Die Diktatur“ publizierende) Schmitt, Carl, Diktatur und Belagerungszustand, in: Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft 38 (1917), Heft 1, S. 138–161, hier S. 138 eingangs die „als Belagerungszustand, Kriegszustand oder Diktatur bezeichneten Ausnahmestände“ erwähnte, war das noch eine frühere Terminologie.

⁶ Hagenlücke, Heinz, Deutsche Vaterlandspartei. Die nationale Rechte am Ende des Kaiserreiches, Düsseldorf 1997, bes. S. 180ff.

⁷ In dem knapp auch Kautskys Debattenbeiträge erwähnenden, politiktheoretisch orientierten Standardwerk von Llanque, Marcus, Demokratisches Denken im Krieg. Die deutsche Debatte im Ersten Weltkrieg, Berlin 2000, ist fehlerhaft von einer „gewaltsamen Auflösung der russischen Nationalversammlung im November 1917 durch die Bolschewisten“ (S. 297) die Rede. Tatsächlich konnte die Konstituante am 25. November (unserer Zeitrechnung) noch gewählt werden, brachte den nach der (am 7. November vollzogenen) „Oktoberrevolution“ regierenden Bolschewiki aber nur 9,8 von 41,7 Mio. Stimmen bzw. 168 der 703 Mandate – und auch mit den Bündnispartnern der linken Sozialrevolutionäre bei weitem keine Mehrheit; deswegen erfolgte dann sozusagen über Nacht des Zusammentritts bereits die Auflösung (18./19. Januar 1918). Das Auflösungsdekret mit Vorgeschichte: URL: <http://www.1000dokumente.de/pdf/dok_0009_ucr_de.pdf> (9.10.2017).

⁸ Als Überblick (auch zur Literatur) Schmeitzner, Mike, Lenin und die Diktatur des Proletariats. Begriff, Konzeption, Ermöglichung, in: Totalitarismus und Demokratie. Zeitschrift für Internationale Diktatur- und Freiheitsforschung 14 (2017), Heft 1, S. 17–69, bes. S. 46ff. (in jenem

kollektive Identität auch immer antithetisch konstruiert wird, gewann politische „Demokratie“ als Identifikationsbegriff seit 1918 in nun doppelter Abgrenzung vom kriegsmobilisierten Obrigkeitsstaat und neuen Diktaturformen eine Profilierung, die in Grundzügen bis in die Gegenwart erhalten geblieben ist.⁹

Die Entstehungsgeschichte des angehängten Textauszugs zu *Demokratie oder Diktatur* erstreckt sich über die gesamte Epochenäsur von 1918, nachdem der Menschewist Alexander Stein bereits zum Jahresende 1917 in der (vorwiegend anders orientierten) führenden USPD-Tageszeitung das erste Stichwort geliefert hatte¹⁰: Schon am 3. Januar 1918 wurde in dem USPD-Blatt „Sozialistische Auslands politik“ (Nr. 1) ein Beitrag von Karl Kautsky mit dem programmatischen Titel „Demokratie und Diktatur“ publiziert – noch vor der Auflösung der russischen Konstituante vielleicht schon eine derartige Entwicklungsrichtung vorausahnend. In dieser Zeitschrift der Kriegskreditgegner – im Sinne der Vorkriegssozialdemokratie, nicht einer neuen bolschewistischen Inspiration – ist von Kautsky am 22. August 1918 (Nr. 34) nun unter dem zugespitzten Beitragstitel „Demokratie oder Diktatur“ eine diesbezügliche Schrift angekündigt worden: *Die Diktatur des Proletariats* erschien im Folgemonat als 63-seitige Broschüre angesichts deutscher Zensurbedingungen in Wien. Dort wurde der 1854 in Prag geborene Kautsky in seiner Jugend- und Studienzeit bis 1880 geprägt, bevor er über Stationen in Zürich und London erst nach Aufhebung des Sozialistengesetzes 1890 in Deutschland seine legendäre Rolle als „SPD-Cheftheoretiker“ wahrnehmen konnte.

„Der größte Teil der Schrift befasst sich mit den russischen Verhältnissen. Alles, was ich darüber ausführte, ist durch die Tatsachen leider bestätigt worden“, leitete Kautsky den Vorspann zum 46-seitigen Separatdruck von *Demokratie oder Diktatur* ein; dieser konnte nach dem Sturz des Kaiserreichs und der militärdiktatorischen Zensurgewalt nun mit der bibliographischen Angabe „Verlegt bei Paul Cassirer Berlin 1918“ und diesem ebenso zeitgeschichtlichen wie politisch-theoretischen Leitmotiv erscheinen: „Heute haben wir selbst eine Revolution. Heute stehen wir nicht für Rußland, sondern für Deutschland vor der Frage: ob Diktatur, ob Demokratie“ (ebd., S. 6). Kautsky positionierte also die gekürzte Fassung unmittelbar als Debattenbeitrag im Umfeld der sozialdemokratischen Neuordnungsdiskussion.

Heft auch u. a. Siegfried Heimann S. 91–103 zum Einfluss der in Georgien von Mitte 1918 bis Anfang 1921 regierenden Menschewiki auf Kautskys Russlandbild).

⁹ Auf das erweiterte Verständnis einer zugleich sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Demokratisierung kann aus Umfangsgründen hier nicht eingegangen werden.

¹⁰ Stein, Alexander, Demokratie oder Diktatur?, in: Leipziger Volkszeitung, Nr. 293, 17.12.1917.

kussionen in der Novemberrevolution¹¹, wie sich die bis zum Jahreswechsel 1918/19 reichende erste, noch relativ entwicklungsoffene Phase der Revolution 1918/19 weiterhin bezeichnen lässt – vor der konfrontativeren zweiten, nach tatsächlich schon getroffenen Entscheidungen: der Wahl zur Nationalversammlung im Januar und deren Weichenstellungen in Richtung der Weimarer Demokratie. Eine wichtige Rolle spielte Kautskys Schrift auch bei der Rekonstruktion der sozialdemokratischen Internationale, die mit der Polarität von „Demokratie und Diktatur“ aus den nationalpolitischen Gegensätzen der Kriegsjahre herauszufinden versuchte. In dieser internationalen Flankierung einer von ihm angestrebten Wiederannäherung von SPD und USPD blieb er aber dann auf dem Märzparteitag 1919 der USPD in der Minderheit.¹²

Zur Einordnung in den historischen Entstehungskontext erscheint dennoch eine knappe Rekapitulation der Einschätzung der (zweiten) russischen Revolution in Kautskys Langfassung *Die Diktatur des Proletariats* vorab sinnvoll.¹³ Aus seiner geschichtstheoretischen Perspektive insistierte er darauf, ein dortiges sozialstatistisches „Übergewicht der Bauernschaft“ zeige „den *bürgerlichen* Charakter dieser Revolution“ und gleichzeitig eine politische Tendenz zu einer „Diktatur der *Bauern*“ (S. 52). Weil diese von den Bauern (wie schon die Marxsche Bonapartismusthese nahelegte) nicht selbst ausgeübt werden konnte, musste das zu einem autoritären Regime führen. Die ökonomische Zuweisung der Bauernschaft an die bürgerliche Formation der Revolutionshistorie resultierte für ihn aus deren Bindung an die Eigentumsordnung: „Das Interesse des Bauern an der Revolution erlischt daher, sobald sein neues Privateigentum gesichert ist“ (S. 51).

Als hochriskant stufte Kautsky das Kalkül ein, die innere Not durch Revolutionsexport auffangen zu können: „Die bolschewistische Revolution war aufgebaut auf der Voraussetzung, daß sie den Ausgangspunkt bilde zu einer allgemeinen europäischen Revolution“ (S. 28). Zwar wusste er um die historische Erblast, „daß der Kampf gegen den Zarismus geheimzuführen war, die Verschwörung entwickelt aber die Sitten und Gewohnheiten der Diktatur, nicht der Demokratie“ (S. 58). Somit galt für ihn das Fazit: „Die Diktatur als Regierungsform ist in Rußland ebenso begreiflich wie ehemals der bakunistische Anarchismus. Aber begreifen heißt noch

¹¹ Lehnert, Detlef, Sozialdemokratie und Novemberrevolution. Die Neuordnungsdebatte 1918/19 in der politischen Publizistik von SPD und USPD, Frankfurt am Main 1983.

¹² Wheeler, Robert F., USPD und Internationale. Sozialistischer Internationalismus in der Zeit der Revolution, Frankfurt am Main 1975, S. 59f. u. 65–67.

¹³ Seitenzahlen in Klammern dieses und der nächsten beiden Absätze aus jener Schrift (Wien 1918).

nicht anerkennen, wir müssen jene ebenso entschieden ablehnen wie diesen“ (S. 63).

Ein Anknüpfungspunkt aus der ersten russischen Revolution von 1905 war Kautsky bewusst, wenn er konstatierte: „Als die zweite russische Revolution im März 1917 ausbrach, erstand auch sofort wieder die Sowjetorganisation“, und zwar in Rätegremien auf „höherer Grundlage“, nämlich stärker überregional ausgreifend (S. 31). Den entscheidenden politischen Missgriff der Bolschewiki sah er in deren Konzeption, die Arbeiterräte von einer „*Kampforganisation*“ zur „*Staatsorganisation*“ umfunktionierte zu haben. Das war für ihn die historische Bruchstelle, die er auch terminologisch mit dem neuen (russischen) Parteinamen (seit März 1918) fixierte: „Dementsprechend hörten die Bolschewiki auf, sich *Sozialdemokraten* zu nennen. Sie bezeichnen sich als *Kommunisten*“ (S. 33). Der zuvor, auch wegen des Kommunistischen Manifests von Marx/Engels (1848), kaum trennscharfe Wortgebrauch gewann nun deutliche Konturen.

Sogar Rosa Luxemburg, die unbeschadet ihrer Lenin-Kritik nicht von der „Diktatur des Proletariats“ abrückte, hätte zum Jahreswechsel 1918/19 lieber die zur westlichen Linken anschlussfähigere terminologische Zwischenform einer „Sozialistischen Partei“ statt die KPD mitgegründet.¹⁴ Ihre kritische Schrift „Zur russischen Revolution“ (1918) wurde aber erst 1922 von Paul Levi – als Teil dessen politischen Übergangs von der KPD über die USPD zur äußersten Linken der SPD – aus dem Nachlass veröffentlicht.¹⁵ Explizite Kommunisten und tendenzielle „Leninisten“ waren 1918 bereits die aus den „Bremer Linksradiكالen“ hervorgegangenen „Internationalen Kommunisten Deutschlands“ um die Zeitschrift „Arbeiterpolitik“, als die zweite Säule der KPD-Gründung neben dem Spartakusbund um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht.

Die Analysen von Kautsky, die natürlich immer auch den langen und mühsamen Weg zur modernen Demokratie sowie deren Gefährdung durch etwaige Rechtsdiktaturen mit im Auge behielten, waren keine bloße Theoretiker-Denkleistung in der Einsamkeit der Studierstube. Vielmehr bewegten diese sich in einem historisch-politischen Kontext von Einschätzungen zum russischen Revolutionsjahr 1917 in der Sozialdemokratie.¹⁶ Dabei können gleichermaßen deutsche

¹⁴ Nach einem Zeitzeugenbericht von Hugo Eberlein, in: Weber, Hermann u. a. (Hgg.), Deutschland, Russland, Komintern II: Dokumente (1918–1943), Teilbd. 1, Berlin 2015, S. 84–87, hier S. 84f.

¹⁵ In: Luxemburg, Rosa, Gesammelte Werke, Bd. 4, 6. Aufl. Berlin 2000, S. 332–362.

¹⁶ Lehnert, Detlef, Die Oktoberrevolution in der Wahrnehmung der deutschen Sozialdemokratie, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2017, Berlin 2017, S. 117–130.

wie österreichische Diskussionen seit längerem als recht gut erforscht gelten.¹⁷ Die überwiegende Grundhaltung auch gegenüber den Bolschewiki war bis Ende 1917 keineswegs unfreundlich gewesen, weil sie nun als russische Friedenspartei galten. Das verband sie mit den Kriegskreditgegnern von der USPD, die sonst nur die Menschewiki-Internationalisten um Julius Martow als Partner finden konnten, und weckte sogar positive Erwartungen bei weiterhin kreditbewilligenden Mehrheitssozialdemokraten: Diese sahen nach Entlastung an der Ostfront die Chancen eines „Scheidemann-Friedens“ der Verständigung – gemäß der revolutionären Formel aus Russland „ohne Annexionen und Kontributionen“ – sich wieder verbessern.¹⁸

Die in Deutschland und Österreich vorrevolutionäre Langfassung Kautskys *Die Diktatur des Proletariats* wurde im SPD-Zentralorgan „Vorwärts“ noch im Oktober 1918 bereits im Sinne der nachfolgenden Kurzfassung mit antithetisch zugespitztem Leitartikel „Diktatur oder Demokratie?“ ausdrücklich begrüßt: „Es ist in dieser Schrift kaum ein Wort, das wir nicht unterschreiben möchten“, und diese sei voller „Worte, die verdienen, überall öffentlich angeschlagen zu werden, wo Arbeiter verkehren“. Mit dem Hinweis auf Kautskys Schrift wurde zugleich die politische Stoßrichtung gegen die rivalisierende USPD gerichtet: „Eine Partei, die sich mit der einen Hälfte zu bolschewistisch-diktatorischen Auffassungen, mit der anderen zu marxistisch-sozialdemokratischen bekennt, ist ein Unding.“¹⁹ Kautskys Version des sozialdemokratischen Marxismus lief in der Tat immer schon, ohne auf eine letztlich revolutionäre Überwindung des vordemokratischen politischen Systems in Preußen-Deutschland zu verzichten, auf eine parlamentarische Demokratie hinaus, zumal er direktdemokratische Modelle nach Art der Schweiz eher für bäuerlich-kleinbürgerlich und nicht hochindustriell-klassengesellschaftlich geprägt ansah.²⁰ Der wie Kautsky als Kriegskreditgegner zur USPD gehörende „Revisionist“ Eduard Bernstein bekräftigte als Parteisprecher auf einer gemeinsamen Veranstaltung mit SPD-Vertretern im November 1918 diese übereinstimmende Deutung einer Formulierung von Marx: „Wir haben uns die Diktatur nie anders vorgestellt, als daß sie

¹⁷ Lösche, Peter, *Der Bolschewismus im Urteil der deutschen Sozialdemokratie 1903–1920*, Berlin 1967; Zarusky, Jürgen, *Die deutschen Sozialdemokraten und das sowjetische Modell. Ideologische Auseinandersetzung und außenpolitische Konzeption 1917–1933*, München 1992; Schöler, Uli, „Despotischer Sozialismus“ oder „Staatssklaverei“. Die theoretische Verarbeitung der sowjetrussischen Entwicklung in der Sozialdemokratie Deutschlands und Österreichs (1917–1929), Bd. 1, Münster 1991.

¹⁸ Miller, Susanne, *Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg*, Düsseldorf 1974, S. 352ff.

¹⁹ Vorwärts, Nr. 290, 21.10.1918.

²⁰ Belege dazu: Lehnert, Detlef (Hg.), *Sozialdemokratie und Parlamentarismus*, Köln 2016, S. 9–12.

durch die Demokratie ausgeübt wird.“²¹ Vor den bis 1918 unbekanntenen neuen Formen von Diktatur war dieser Begriff somit ähnlich wie später die „Vorherrschaft“²² bzw. Hegemonie zu verstehen.

Für die Diskussionsoffenheit bemerkenswert ist die Tatsache, dass der „Vorwärts“ wenige Tage darauf zu Kautskys Bolschewismuskritik eine Stellungnahme des russischen Staatslenkers Lenin abdruckte, die mit dessen Information begann, er habe „eine Broschüre zu schreiben begonnen, die der Kritik der soeben in Wien erschienenen Broschüre Kautskys ‚Die Diktatur des Proletariats‘ gilt“. Das erwies sich recht bald als zutreffende Ankündigung.²³ Lenin wandte sich polemisch gegen Kautsky als „Führer der Zweiten Internationale“, der nun in der genannten Schrift ein „Buch“ veröffentlicht habe, „das hundertfach *beschämender, empörender, renegatenhafter* ist, als die berühmten ‚Voraussetzungen des Sozialismus‘ von Eduard Bernstein“ (1899). Neben ironisch den „menschewistischen Weisheiten“ und der „liberalen Furcht vor dem Bürgerkrieg“ zugerechneten Darlegungen zur russischen Revolution hielt ihm Lenin die Verkennung der „Diktatur des Proletariats“ als erforderliche „Maschine zur *Unterdrückung der Bourgeoisie*“ vor und verwies auf die eigene Programmschrift über „Staat und Revolution“.²⁴

Eine Diktatur gleich Lenins Bolschewiki lag aber Sozialdemokraten wie dem als promovierter Jurist staatswissenschaftlich gebildeten dritten Volksbeauftragten (neben Ebert und Scheidemann) Otto Landsberg fern. Das hielt er in einer Versamlungsrede den eine demokratische Nationalversammlung ablehnenden USPD-Radikalen entgegen, wenn er gleichzeitig versöhnlicher daran erinnerte, dass der Streit über die Kriegskredite „in der Vergangenheit liegt“ und man nun wieder „Schulter an Schulter zu kämpfen“ habe: „Das deutsche Volk hat sich nicht von der Diktatur der Junker befreit, um unter eine andere Diktatur zu kommen.“ Indem der Vorredner einer parallelen Veranstaltung (im Berliner Zirkus Busch), der Geschäftsführer des Zentralbildungsausschusses der SPD (seit 1906), Heinrich Schulz, auch die überwundene „Diktatur der Militärkaste“ kontrastierend erwähnte, be-

²¹ Eduard Bernstein für Einigkeit, in: Vorwärts, Nr. 352, 23.12.1918.

²² Bauer, Otto, Die österreichische Revolution, Wien 1923, ging in seinem Phasenmodell von einer „Vorherrschaft der Arbeiterklasse“ (S. 116ff.) in den Revolutionsmonaten aus, dann folgend eine „Zeit des Gleichgewichts der Klassenkräfte“ (S. 196ff.), zunächst auch noch im „Kampf um die Institutionen der Republik“ (S. 213ff.), und schließlich die „Restauration der Bourgeoisie“ beginnend mit der „Währungskatastrophe“ (S. 249ff.).

²³ Lenin, W. I., Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky (1918), in: Ders., Werke, Bd. 28, S. 225–327.

²⁴ Lenin, Wladimir, Die Proletarier-Revolution und der Renegat Kautsky, in: Vorwärts, Nr. 294, 2. Beilage, 25.10.1918, – „Staat und Revolution“ (2. Aufl.) findet sich in Lenin, Werke, Bd. 25, S. 393–507.

zeichnete dieser zugleich die „Demokratie“ als die „Mutter“ für die „sozialistische Bewegung“. Nach solcher Einstimmung, am Tag der Eröffnung des Reichsrätekongresses, konnte „Volksbeauftragter Genosse Ebert“ die politischen Weichen in Richtung des raschen Übergangs zur parlamentarisch-repräsentativen (dann freilich mit einem starken Präsidentenamt modifizierten) Demokratie stellen: „Gegen wenige, ganz vereinzelte Stimmen sprach sich die Riesenversammlung im Sinne Eberts für die Ansetzung der Wahlen auf den 19. Januar aus“.²⁵

Als der kommende „Weimarer Verfassungsvater“ Hugo Preuß am 14. November 1918 im „Berliner Tageblatt“ die weltpolitische Alternative „Wilson oder Lenin“ formulierte, zitierte er darin wohlbemerkt den französischen Sozialisten (und baldigen langjährigen Direktor der internationalen Arbeitsorganisation des Völkerbundes) Albert Thomas aus dessen Parteiorgan L’Humanité. Dem Zitat unmittelbar vorausgehend hatte aber Preuß seine Version der Alternative Demokratie oder (zuvor noch) Obrigkeitsstaat, nun vielleicht stattdessen Diktatur präsentiert: „Hier scheiden sich die Wege sofort und unbedingt. Hier handelt es sich um die Frage ‚östlicher oder westlicher Orientierung‘ in einem neuen verhängnisschweren Sinne. Wie haben uns die Reaktionäre die Entwicklung in der Art der ‚westlichen Demokratien‘ zu vereckeln gesucht; und nicht nur Liberale, auch Sozialdemokraten sind ihnen auf den Leim gegangen. Wollen wir jetzt statt dessen den Bolschewismus nachahmen, die negative Platte des russischen Zarismus?“²⁶ Dieser Zeitungsartikel trug wesentlich dazu bei, dass Preuß am Folgetag vom (aus drei SPD- und drei USPD-Vertretern besetzten) „Rat der Volksbeauftragten“ zum Staatssekretär des Innern berufen wurde; damit war er zuständig für die Vorbereitung der Wahlen zu einer konstituierenden Nationalversammlung und einen dieser vorzulegenden Entwurf der neuen demokratischen Verfassung.²⁷

In gewisser Weise konnte es für eine historisch *wirkungsmächtige* Zäsur in der internationalen Konstellation jedoch zuvor auch Wilson *und* Lenin heißen; denn Präsident Wilsons am 8. Januar 1918 im US-Kongress vorgestelltem 14-Punkte-Programm für eine Neuordnung Europas folgte in den Wochen darauf, nach Rückzug von Lenins Revolutionsregierung auf die Festigung der inneren Macht, ein von der Obersten Heeresleitung unter Hindenburg/Ludendorff oktroyierter Diktatfriede

²⁵ Drei Demonstrationen für die Sozialdemokratie, in: Vorwärts, Nr. 345, 16.12.1918.

²⁶ Preuß, Hugo, Volksstaat oder verkehrter Obrigkeitsstaat?, in: Berliner Tageblatt, Nr. 583, 14.11.1918.

²⁷ Lehnert, Detlef, Ein „obskurer“ Weimarer Verfassungsvater? Oder wie Hugo Preuß seinen Auftrag bekam und ihn nutzte, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 43 (2012), Heft 4, S. 901–914.

von Brest-Litowsk.²⁸ In den zugleich gegen die im vierten Kriegswinter schlechte Versorgungslage wie eine imperialistische Gewaltpolitik zielenden Januarstreiks 1918 in Deutschland bzw. dem Jännerstreik in Österreich bahnten sich erstmals vorrevolutionäre Situationen auch in Mitteleuropa an.²⁹

Es hing gewiss mit dem Erscheinungsort Wien von Kautskys *Die Diktatur des Proletariats* zusammen, dass ein im Zeitungs-Untertitel sich als „Demokratisches Organ“ präsentierendes „Neues Wiener Tagblatt“ eine der ganz wenigen nicht-sozialdemokratischen redaktionellen Buchbesprechungen veröffentlichte, und zwar in einem Leitartikel „Demokratie oder Diktatur?“ nach zunächst skeptischer Betrachtung der Revolutionsregierung in Deutschland. Doch wurde der „hervorragende Theoretiker des Marxismus Karl Kautsky“ dort für seine Bolschewismuskritik gelobt, nämlich „eine vernichtende Streitschrift gegen diese Diktatur und für die Demokratie“ vorgelegt zu haben. Nach einem längeren Zitat von Kautsky über den Eigenwert auch des Minderheitenschutzes in der Demokratie ließ das bürgerlich-liberale Blatt den Artikel in einen sehr gewagten Vergleich zugunsten eigener Belange ausmünden: „Gegenüber der vorläufigen sozialistischen Republik Deutschland befindet sich aber Deutschösterreich in ähnlicher Lage wie die Ukraine gegenüber Rußland. Diese selbständige Ukraine will ja durchaus wieder russisch werden, aber keinesfalls bolschewistisch. Deutschösterreich ist entschlossen, eine demokratische Republik zu sein. Aber es kann, gerade nach der Lehre des Karl Marx, nach seiner wirtschaftlich-sozialen Struktur unmöglich eine sozialistische Republik sein.“³⁰ Damit wurde von der für Kautskys Urteil wesentlichen Dominanz der Bauernschaft in Russland gegenüber dem minoritären Industrieproletariat über eine Deutschland viel nähere Verteilung der politisch-sozialen Kräfte Österreichs interessengeleitet hinwegformuliert: Die 40,8 Prozent Stimmen der österreichischen Sozialdemokraten (SDAP) am 16. Februar 1919 unterschieden sich nur graduell von 37,9 Prozent SPD und 7,6 Prozent USPD am 19. Januar 1919 zur jeweiligen Konstituierenden Nationalversammlung.³¹

²⁸ Dazu mit jeweils kritischen Akzenten Tooze, Adam, Sintflut. *Die Neuordnung der Welt 1916–1931*, München 2015, S. 153–157 (Wilson) und S. 159ff. (Brest–Litowsk).

²⁹ Boebel, Chaja; Wentzel, Lothar (Hgg.), *Streiken gegen den Krieg. Die Bedeutung der Massenstreiks in der Metallindustrie vom Januar 1918*, Hamburg 2008; Koller, Christian, *Streikkultur. Performanzen und Diskurse des Arbeitskampfes im schweizerisch-österreichischen Vergleich (1860–1950)*, Wien 2009, S. 289–315.

³⁰ *Demokratie oder Diktatur?*, in: *Neues Wiener Tagblatt*, Nr. 313, 16.11.1918.

³¹ Bei den letzten Nationalratswahlen am 9.11.1930 in der Weltwirtschaftskrise erhielt die SDAP immer noch überaus stabile 41,1 Prozent gegenüber völlig marginalen 0,6 Prozent der KPÖ und auch nicht viel bedeutenderen 3,0 Prozent der NSDAP, während die Reichstagswahl kurz zuvor am 14.9.1930 eine stark geschwächte SPD mit 24,5 Prozent gegenüber 13,1 Prozent der KPD und gar 18,3 Prozent der NSDAP gezeigt hatte. Der seit 1924 wieder in Wien lebende

Die Titel zweier Neuerscheinungen zur deutschen „Revolution von 1918/19. Der wahre Beginn unserer Demokratie“³² und „Am Anfang war Gewalt“³³, verweisen auf eine Polarität, die anlässlich des bevorstehenden 100-Jahre-Jubiläums zum neuen Überdenken führen könnte: Ob denn *anders* als bei der Unterscheidung einer russischen Februar- und Oktoberrevolution 1917 wirklich das gewollte *Zusammenziehen* deutscher Ereignisse vom November 1918 bis April/Mai 1919 die überzeugendste historiographische Variante ist. Die politische „Novemberrevolution“ bis hin zur erstmals volldemokratischen Wahl der konstituierenden Nationalversammlung am 19. und nachfolgend der Preußischen Landesversammlung am 26. Januar 1919 deutlicher von einer zweiten (sozialrevolutionären) Phase im Frühjahr 1919 zu unterscheiden, könnte eigenen Sinn machen, ohne den übergreifenden Begriff einer deutschen Revolution 1918/19 aufgeben zu müssen. Bezeichnenderweise taucht der Name Kautskys in der Neuerscheinung mit Gewaltschwerpunkt nur einmal auf, und zwar in einer Aufzählung mit anderen gemäßigten USPD-Politikern zugunsten der Gewaltvermeidung.³⁴ Hingegen wird er im Buch mit Demokratieschwerpunkt zwar mehr als zehnfach erwähnt, jenseits der Vorgeschichte bis 1917 aber nur als ein Vorsitzender der im Dezember 1918 berufenen Sozialisierungskommission, als Beigeordneter im Auswärtigen Amt, ebenfalls als um Gewaltvermeidung im Januar 1919 bemüht und hinsichtlich der Aufbereitung von Dokumenten zur deutschen Verantwortung in den Tagen der Kriegsentfesselung 1914.³⁵

Diese Aspekte können zusätzlich unterstreichen, dass gerade der 100. Jahrestag der Epochenäsur von 1918 und des Erscheinens von Kautskys Broschüre *Demokratie oder Diktatur* ein geeigneter Anlass ist, an deren historische Bedeutung zu erinnern. Das gilt umso mehr, als mit Fertigstellung dieses Textes nun ein umfangreicher Konferenzband³⁶ vorliegt, der mit dem längsten Abschnitt „Demokratie und/oder Diktatur des Proletariats“ (S. 194–371) den Beitrag zu Kautsky (S. 230–242) in den politischen und theoretischen Kontext mit anderen Exponenten von USPD und SPD des erweiterten Umbruchszeitraums 1916–1922 einordnet. Aller-

Kautsky hat diesen Unterschied zwischen jedenfalls in dieser Stadt noch stabiler Demokratie und Diktaturneigungen anderswo (nicht allein im Mussolini-Italien) zu schätzen gewusst.

³² Niess, Wolfgang, *Die Revolution von 1918/19. Der wahre Beginn unserer Demokratie*, München 2017; zur Sichtung der Historiographie auch ders., *Die Revolution von 1918/19 in der deutschen Geschichtsschreibung. Deutungen von der Weimarer Republik bis ins 21. Jahrhundert*, Berlin 2013.

³³ Jones, Mark, *Am Anfang war Gewalt. Die deutsche Revolution 1918/19 und der Beginn der Weimarer Republik*, Berlin 2017 (engl. 2016 in anderer Textfassung).

³⁴ Ebd., S. 171 (die Angabe S. 172 im Personenregister S. 431 ist falsch).

³⁵ Niess, *Revolution*, 2017 (wie Fn. 32), S. 183, 290, 310, 386f. (gemäß Personenregister S. 461).

³⁶ Schöler, Uli; Scholle, Thilo (Hgg.), *Weltkrieg – Spaltung – Revolution. Sozialdemokratie 1916–1922*, Bonn 2018.

dings ist Kautsky, der als österreichischer Staatsbürger nicht wie sein „revisionistisches“ Pendant Bernstein langjähriger deutscher Reichstagsabgeordneter sein konnte³⁷, bereits seit den Konflikten unter anderem mit Rosa Luxemburg um die Konsequenzen der ersten russischen Revolution von 1905 stets wesentlich im gleichzeitigen Blick auf drei imperiale Staatsgebilde zu verstehen: Diese waren die Schauplätze der manifesten europäischen Revolutionen 1917 bis 1919 bei den – zuvor noch obrigkeitsstaatlichen – Kriegsverlierern (Preußen-)Deutschland, Österreich(-Ungarn) und (Groß-)Russland, zugleich mit einem Grundcharakter als „Aufstand gegen den Krieg“³⁸. Die Gastländer Schweiz und Großbritannien in der Zeit des Sozialistengesetzes bis hin zum Sterbeort (Amsterdam 1938) standen für die Erweiterung des Horizonts dieses klassischen Mitteleuropäers nach Westen hin.

Im betrachteten historischen Rahmen durchaus fruchtbar kann vor allem die Einbeziehung von pseudo- bzw. quasi-revolutionären Situationen, parallel zur deutschen und österreichischen Revolution des November 1918, in den Niederlanden und vor allem der „weit stärker industrialisierten Schweiz“ sein; dort bewirkte, nach einer schon im Oktober 1918 das Proportionalwahlrecht durchsetzenden Volksabstimmung als Teil einer „Bewegung für die Demokratisierung“, ein Landesstreik immerhin eine „Beschleunigung sozialer Reformen“ wie z.B. den Achtstundentag.³⁹ Von der – anders als hinsichtlich der insoweit mehr reformistischen Niederländer – bald eher der USPD als der SPD verwandten Sozialdemokratischen Partei der Schweiz war 1915 die Initiative zur Zimmerwalder Konferenz der Kriegsgegner ausgegangen.⁴⁰ In deren Gefolge fand sich dann im Schweizer SP-Programm von 1920 die (offiziell erst 1935 entfernte) Formulierung von der „Diktatur des Proletariats“, wie sie auch modifiziert 1926 im Linzer Programm der österreichischen Sozialdemokratie – neben eindeutigen Bekenntnissen zu demokratischen Wegen, sozusagen noch als Abschreckungsdoktrin nach rechts hin – enthalten war.

Auch in Skandinavien, im Ersten Weltkrieg neutral wie die Schweiz und die Niederlande, zeigten sich insgesamt mit der mitteleuropäischen Sozialdemokratie

³⁷ Koth, Harald, „Meine Zeit wird wieder kommen ...“ Das Leben des Karl Kautsky, Berlin 1993, bes. S. 82. Zum Theoretiker/Programmatiker im Überblick Gilcher-Holtey, Ingrid, Das Mandat des Intellektuellen. Karl Kautsky und die Sozialdemokratie, Berlin 1986.

³⁸ Hobsbawm, Eric J., Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München¹²2014, S. 93.

³⁹ Zimmermann, Adrian, Die Niederlande und die Schweiz im November 1918, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte 63 (2013), S. 453–478, Zitate S. 459f. u. 467; Rossfeld, Roman, Streik! Wege und Desiderate der Forschung zur Geschichte des schweizerischen Landesstreiks vom November 1918, in: Archiv für Sozialgeschichte 57 (2017), S. 413–437.

⁴⁰ Degen, Bernard; Richers, Julia (Hgg.), Zimmerwald und Kiental. Weltgeschichte auf dem Dorfe, Zürich 2015.

vergleichbare Differenzierungen. Während in Dänemark und Schweden (wo unter dem Eindruck der deutschen Ereignisse im Spätherbst 1918 der endgültige Durchbruch zu einer weiteren Demokratisierung erfolgte) nur Minderheiten gegen den reformistisch-demokratischen Kurs opponierten, entwickelte sich von 1917 bis 1920 in Norwegen ein stärker ausgeprägtes sozialrevolutionäres Potenzial. Dieses führte 1919 im Bekenntnis zur „Diktatur des Proletariats“ sogar den vorübergehenden Beitritt der norwegischen Arbeiterpartei zur Kommunistischen Internationale herbei – ein „historisches Missverständnis“ hinsichtlich nicht beabsichtigter Unterordnung, das von 1921 bis 1923 wieder schrittweise beendet wurde.⁴¹

Ein mehr als nur in Nuancen anderes Thema wäre „Demokratie nach dem Ersten Weltkrieg“⁴² auch unter Einbeziehung von dessen Siegermächten. Im Zusammenhang mit dem Beitragstitel ist dies aber fast eine Ironie der Geschichte: Im Frühjahr 1919 erfolgte die Linkswende der (bis dahin nicht gespaltenen) französischen Sozialisten unter dem sonst eher reformistischen Léon Blum in verbaler Orientierung an einer „Diktatur des Proletariats“ mit Berufung auf konsequente Oppositionspolitik im Sinne einer „Resolution Kautsky“ – vom Pariser Kongress 1900 der Zweiten Internationale.⁴³ Damit war in überlieferter Terminologie wiederum das gemeint, was der austromarxistische Theoretiker Otto Bauer in seiner Revolutionsgeschichte als die „Vorherrschaft“ (im Sinne von politischer Hegemonie) einer demokratisch legitimierten – zumindest relativen – Mehrheit bezeichnete.⁴⁴

⁴¹ Brandt, Peter, Vom endgültigen Durchbruch der parlamentarischen Demokratie bis zu den Anfängen des sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaates. Nordeuropa in der Zwischenkriegszeit, in: Gusy, Christoph (Hg.), Demokratie in der Krise. Europa in der Zwischenkriegszeit, Baden-Baden 2008, S. 155–228, bes. S. 185f. u. 194f. (Zitat S. 194).

⁴² Untertitel des Sammelbandes und Titel der Einleitung von Müller, Tim B.; Tooze, Adam (Hgg.), Normalität und Fragilität, Hamburg 2015, hier S. 9.

⁴³ Winkler, Heinrich August, Geschichte des Westens. Die Zeit der Weltkriege 1914–1945, München 2011, S. 261.

⁴⁴ Wie Fn. 22.

Literaturhinweise

- Gilcher-Holtey, Ingrid, Das Mandat des Intellektuellen. Karl Kautsky und die Sozialdemokratie, Berlin 1986.
- Lehnert, Detlef, Sozialdemokratie und Novemberrevolution. Die Neuordnungsdebatte 1918/19 in der politischen Publizistik von SPD und USPD, Frankfurt am Main 1983.
- Schöler, Uli, „Despotischer Sozialismus“ oder „Staatssklaverei“. Die theoretische Verarbeitung der sowjetrussischen Entwicklung in der Sozialdemokratie Deutschlands und Österreichs (1917–1929), Bd. 1, Münster 1991.
- Schöler, Uli; Scholle, Thilo (Hgg.), Weltkrieg – Spaltung – Revolution. Sozialdemokratie 1916–1922, Bonn 2018.
- Zarusky, Jürgen, Die deutschen Sozialdemokraten und das sowjetische Modell. Ideologische Auseinandersetzung und außenpolitische Konzeption 1917–1933, München 1992.
-

Detlef Lehnert, „Demokratie und Diktatur. 100 Jahre nach der Epochenzäsur von 1918, in: Themenportal Europäische Geschichte, 2018, <<http://www.europa.clio-online.de/essay/id/artikel-4525>>.

Dieser Essay bezieht sich auf folgende Quelle: Karl Kautsky: Demokratie und Diktatur (1918), in: Themenportal Europäische Geschichte, 2018, <www.europa.clio-online.de/quelle/id/artikel-4526>.